

**8.2.2 Ausgleichszahlungen und Ausgleichsmaßnahmen für die zahlreichen Baumfällungen und Baumaßnahmen im Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden geänderten **Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt, dass die privaten wie auch die öffentlichen Ausgleichszahlungen und Ausgleichsmaßnahmen für die zahlreichen Baumfällungen und Baumaßnahmen im Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld möglichst auch dort erfolgen sollen. Dazu werden die im Rahmenplan vorgesehenen Grünmaßnahmen planerisch vorbereitet, damit auf diesen Flächen der Ausgleich vorgenommen werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Specht-Schäfer, Frau Steinmann

Sachstand 06/07:

Von der Fachverwaltung liegt noch keine Stellungnahme vor.

Sachstand 07/08:

Die aus dem Rahmenplanungsgebiet eingehenden Ausgleichszahlungen werden für Grünmaßnahmen in dem Gebiet reserviert. Die Maßnahmen befinden sich noch in der Vorbereitungsphase. Die Verwaltung ist derzeit damit befasst, die Voraussetzungen für die Realisierung der Maßnahmen zu schaffen. Zur Umsetzung der Grünmaßnahmen sind u.a. noch Flächenankäufe zu tätigen.

Sachstand 06/09:

Kein neuer Sachstand.

Sachstand 07/10:

Kein neuer Sachstand.

Sachstand 07/11:

Kein neuer Sachstand.

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

9.1.2 Weiterführung der Buslinie 136
DS-Nr.: 0020/307

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden geänderten **Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal nimmt die Ergebnisse der Untersuchung von Verwaltung und KVB zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Weiterführung der Buslinie 136 bis zur Haltestelle „Weiden-Zentrum“ der Straßenbahnlinie 1 mit einer Anbindung an das Krankenhaus Hohenlind und das Stadtwaldviertel nach Umbau der Kreuzung Dürener Straße/Militärringstraße erneut zu prüfen und dem Verkehrsausschuss unter Beteiligung der Bezirksvertretung Lindenthal zur Entscheidung vorzulegen.
Eine eventuelle parallele Linienführung der Buslinie 143 ist zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.
Nicht anwesend: Frau Burauen

Sachstand 07/08:

Wie im Beschlusstext formuliert, wird die Verwaltung die gewünschte Prüfung nach erfolgtem Umbau der Kreuzung Dürener Straße/Militärringstraße vornehmen.

Sachstand 06/09:

Kein neuer Sachstand.

Sachstand 07/10:

Die Verwaltung hat die Weiterführung der Buslinie 136 in Zusammenhang mit der Überprüfung des Busnetzes linksrheinisch Mitte erneut mit betrachtet. Wenn die infrastrukturellen Voraussetzungen gegeben sind (Umbau Kreuzung Dürener Straße/Militärringstraße) und sich der Verkehrsfluss auf der Dürener Straße infolgedessen deutlich verbessert hat, kommen für die Verlängerung der Buslinie 136 drei Varianten infrage, die in der Beschlussvorlage zum Busnetz im Teilraum linksrheinisch Mitte (Session-Nr. 1755/2010; vorgelegt zur Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 31.05.2010) aufgeführt wurden. Die Verwaltung wird auf den Punkt unaufgefordert zurückkommen.

Sachstand 07/11:

Die Verwaltung hat in der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 30.05.2011 im Zusammenhang mit einem Antrag der CDU-Fraktion zum „KVB-Busnetz im Teilraum linksrheinisch Mitte“ unter Tagesordnungspunkt 8.1.1 darauf hingewiesen, dass vor einer Prüfung einer veränderten Buslinienführung der Ausbau des Knotenpunktes Dürener Straße /Militärringstraße erfolgt sein muss. Da mit dem Ausbau nicht vor 2012 zu rechnen ist, hat die Verwaltung die weitere Planung bis dahin zurückgestellt.

Aktueller Sachstand:

Die Umbauarbeiten an der Kreuzung Dürener Str./Militärring sind weitgehend abgeschlossen. Es steht jedoch noch die Einrichtung der Lichtsignalanlage aus. Erst nach Abschluss dieser Arbeiten und einer Verbesserung der Verkehrssituation am Knotenpunkt wird die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der KVB eine Verlängerung der Buslinie 136 erneut prüfen.

9.1.1 Versetzung einer Litfaßsäule der Firma Kölner Aussenwerbung GmbH (KAW) von der Eupener Straße neben Haus Nr. 41 zur Eupener Str. 44 in Köln-Braunsfeld

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden geänderten **Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal lehnt die Versetzung einer Litfaßsäule vom bisherigen Standort

Eupener Straße neben Haus Nr. 41, Köln-Braunsfeld

an den neuen Standort

Eupener Str. 44, Köln-Braunsfeld

entsprechend den Eintragungen in den Anlagen Nr. 1 und 2 ab.

Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung einen alternativen Standort vorzuschlagen. Dabei soll eine Litfaßsäule neueren Modells zum Einsatz kommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Burauen, Frau Specht-Schäfer

Sachstand 07/08:

Gegen die abgelehnte Sondernutzungserlaubnis für die Versetzung der Litfaßsäule vom Standort Eupener Straße 41 zur Eupener Straße 44 hat die Kölner Aussenwerbung GmbH am 17.03.2008 Klage beim Verwaltungsgericht erhoben, zu der die Entscheidung noch aussteht. Bis zu dieser Entscheidung werden keine Ersatzstandorte vorgeschlagen.

Sachstand 06/09:

Kein neuer Sachstand.

Sachstand 07/10:

Die von der Kölner Aussenwerbung GmbH eingereichte Klage hat das Verwaltungsgericht Köln mit Urteil vom 19.02.2010 abgewiesen und die Stadt Köln unter Aufhebung ihres ablehnenden Bescheides verpflichtet, über den Antrag der Klägerin unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts in Bezug auf vorliegende Verfahrens- und Ermessensfehler erneut zu entscheiden. Da dieses und auch die übrigen Urteile vom 19.02.2010 zu den ähnlich gelagerten Klageverfahren der Kölner Aussenwerbung GmbH Auswirkungen auf verwaltungsinterne Zuständigkeiten und Verfahrensabläufe hat, ist das Rechtsamt mit der Auswertung der Urteile befasst worden. Sobald diese Auswertung vorliegt, wird über den Antrag der Kölner Aussenwerbung GmbH dementsprechend neu entschieden werden.

Sachstand 07/11:

Der Sachstand ist unverändert.

Aktueller Sachstand:

Der ab 01.01.2015 gültige Werbenutzungsvertrag zwischen der Stadt Köln und der Stadtwerke Köln GmbH wurde unterzeichnet. Die Standorte zur Aufstellung der Litfaßsäulen wurden noch nicht abgestimmt. Der Wunsch der Bezirksvertretung wird dem Konzessionär mitgeteilt.